

## **Gemeinde Hövelhof**

### **Förmliche Belehrung der Vertragspartner über die strafrechtlichen und sonstigen Folgen bei Straftaten gegen den Wettbewerb (Korruptionsdelikte)**

Die anhaltende öffentliche Diskussion über Korruptionsvorfälle hat die Gemeinde Hövelhof veranlasst, gezielt gegen Korruption und wettbewerbsschädigende Verhaltensweisen vorzugehen. Speziell im Zusammenhang mit der Vergabe und Ausführung öffentlicher Aufträge sind die redlichen Anbieter vor unlauteren Verhaltensweisen zu schützen. Die öffentlichen Mittel, die der Gemeinde Hövelhof von den Bürgern treuhänderisch zur Erfüllung seiner Aufgaben anvertraut sind, dürfen nicht durch unzulässige Wettbewerbsabsprachen oder Bestechung der verantwortlichen Personen geschmälert werden. Die Gemeinde Hövelhof betreibt konsequent und in Zusammenarbeit mit anderen Behörden und staatlichen Stellen auf allen Ebenen Korruptionsverhütung.

Als Vertragspartner der Gemeinde Hövelhof weise ich Sie eindringlich darauf hin, dass Sie bzw. Ihr Unternehmen mit erheblichen Konsequenzen rechnen müssen, wenn Ihnen eine Straftat gegen den Wettbewerb gemäß §§ 298 - 300 des Strafgesetzbuches (StGB) nachgewiesen wird.

Die entsprechenden Vorschriften aus dem 26. Abschnitt des StGB - Straftaten gegen den Wettbewerb - lauten wie folgt:

#### **§ 298. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen.**

- (1) Wer bei einer Ausschreibung über Waren oder gewerbliche Leistungen ein Angebot abgibt, das auf einer rechtswidrigen Absprache beruht, die darauf abzielt, den Veranstalter zur Annahme eines bestimmten Angebots zu veranlassen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Ausschreibung im Sinne des Absatzes 1 steht die freihändige Vergabe eines Auftrags nach vorausgegangenem Teilnahmewettbewerb gleich.
- (3) Nach Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, wird nicht bestraft, wer freiwillig verhindert, dass der Veranstalter das Angebot annimmt oder dieser seine Leistung erbringt. Wird ohne Zutun des Täters das Angebot nicht angenommen oder die Leistung des Veranstalters nicht erbracht, so wird er straflos, wenn er sich freiwillig und ernsthaft bemüht, die Annahme des Angebotes oder das Erbringen der Leistung zu verhindern.

#### **§ 299. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr.**

- (1) Wer als Angestellter oder Beauftragter eines geschäftlichen Betriebes im geschäftlichen Verkehr einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb in unlauterer Weise bevorzuge, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs einem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebes einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er ihn oder einen anderen bei dem Bezug von Waren oder gewerblichen Leistungen in unlauterer Weise bevorzuge.

Gemäß § 300 StGB werden besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn sich die Tat auf einen Vorteil großen Ausmaßes bezieht oder der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat.

Soweit bei Ihnen eine Amtsträgereigenschaft gemäß § 11 Abs. 2 c StGB vorliegen sollte, weise ich Sie darauf hin, dass Sie in diesem Fall wegen Straftaten im Amt gemäß der §§ 331 bis 335 StGB bestraft werden können. Amtsträger unterliegen dabei einer verschärften Strafdrohung. Zu den Amtsträgern gehören nach dem Strafgesetzbuch auch solche Personen, die dazu bestellt sind, bei einer Behörde oder bei einer sonstigen Stelle oder in deren Auftrag Aufgaben der öffentlichen Verwaltung unbeschadet der zur Aufgabenerfüllung gewählten Organisationsform wahrzunehmen.

Die Gemeinde Hövelhof stellt bei Vorliegen entsprechender Verdachtsmomente und nach Einschaltung der vorgesehenen Fachbereiche und Abteilungen einen Strafantrag bei der zuständigen der Staatsanwaltschaft. Nach abschließender Klärung des Sachverhaltes werden Schadensersatzansprüche geltend gemacht.

Zudem weise ich darauf hin, dass gegen Ihr Unternehmen bei einer nachgewiesenen Straftat oder schweren wettbewerbsrechtlichen Verfehlung mit Geltung für die Gemeinde Hövelhof eine Auftragsperre bis zu zwei Jahren verhängt werden kann. Darüber hinaus können Vergabeausschlüsse der Informationsstelle für Vergabeausschlüsse beim Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gemeldet werden.

Ich bitte um Unterzeichnung dieser Belehrung und unverzügliche Rückgabe an die für die Vergabe zuständige Dienststelle. Ihre Unterschrift dient als Bestätigung dafür, dass Sie von dem Inhalt dieser Belehrung Kenntnis genommen haben.

Ort, Datum

Unterschrift

Firmenstempel